

«Vielleicht haben wir es ver

Nach der Kritik an der Uzner Energiepolitik räumt Gemeindepräsident Diego Forrer erstmals Fel was er ändern will. Und wie die Umweltpolitik grüner werden soll.

mit **Diego Forrer**
sprach **Fabio Wyss**

Das Image der Energiestadt Uznach bröckelt. Eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Gemeinde und Bürger, die dem Anzeigsteller den Rücken stärken. Zudem verlangen Politiker rechts der Mitte, dass der Gemeinderat eine grünere Umweltpolitik betreibt. Die gleichen Stimmen bemängeln die Kommunikation der Behörde. Was ist los in der Einrosenstadt? Der Gemeindepräsident Diego Forrer nimmt im Interview Stellung und zeigt auf, wo es mit der Uzner Energiepolitik hingehen soll.

Diego Forrer, es brodelt in Ihrer Gemeinde. Nehmen Sie das auch wahr?

DIEGO FORRER: Nein.

Aber gegen Uznach ging beim Kanton eine Aufsichtsbeschwerde ein, wie konnte es so weit kommen? Das ist so, die Anzeige liegt bei uns auf dem Tisch. Im Gemeinderat behandeln wir diese und geben dem kantonalen Amt des Innern eine Stellungnahme ab. Letzte Woche habe ich mich mit dem Anzeigsteller Bruno H. Weder getroffen. Wir sassen an einem Tisch und haben ein gutes Gespräch geführt.

«Ich sehe, dass das ein Hohn ist, wenn man etwas Gutes für die Umwelt tut und dann zur Kasse gebeten wird.»

Die Anzeige ist aber nicht aus dem Weg geräumt.

Nein, ist sie nicht. Wir warten jetzt auf

dert werden muss. Aber wir haben ein gültiges Reglement. An dieses muss sich eine Gemeinde halten. Es braucht Zeit, das zu ändern – aber wir sind dran.

Coronabedingt musste die Bürgerversammlung im Juni abgesagt werden. Hätten Sie sich dort erklären können?

Ich glaube nicht, dass das etwas geändert hätte. Der Disput zwischen einzelnen Bürgern und der Gemeinde hat schon bei der letzten Bürgerversammlung im Dezember seinen Anfang genommen. Ich hätte jedoch bekannt geben können, wo wir mit der Bearbeitung der Reglementsänderungen stehen. Ich habe dies übrigens im Vorwort zur Urnenabstimmung in der Juniarausgabe der «Linthsicht» schriftlich mitgeteilt.

Trotzdem eskalierte der erwähnte Disput.

Mit Herrn Weder hat sich dieser immer weiterentwickelt und führte zu einem Urteil der Verwaltungsrekurskommission. Das Urteil gab uns zu weiten Teilen recht. Einzelne Formalitäten führten aber dazu, dass auch wir in die Verantwortung gezogen wurden. Das von Weder kritisierte Reglement legitimierte das Gericht aber.

Weder erhielt teilweise recht. Ist es nicht ein Hohn für eine Gemeinde, wenn sie von einer anderen Behörde gerügt wird? Oft kommt das nicht vor.

Wir kennen die Schwächen unseres Reglements und arbeiten daran. Herr Weder weiss das, darum verstehe ich seine Anzeige nicht ganz.

Er musste immerhin einen vierstelligen Betrag abliefern. Und der Freibetrag in Uznach liegt tiefer als anderswo.

Gerne würden wir den Freibetrag erhöhen. Als Gemeinderat verfügen wir aber nicht über

«Es braucht Anreize für die Bevölkerung. Was das anbelangt, sind wir bisher eher stiefmütterlich unterwegs.»

könnten das nur, wenn wir das mit den Freibeträgen in einem Anhang des Reglements geregelt hätten. Bei uns ist es aber Bestandteil des Reglements und untersteht einem fakultativen Referendum.

Der Gemeinderat gab anfangs Jahr an, er prüfe, das Reglement anzupassen. Wie sieht es aktuell diesbezüglich aus?

Wir analysierten die Finanzen unserer Wasser- und Abwasserwerke. Laut aktuellem Stand stehen diese recht gut da. Wir haben nun Spielraum, die Reglemente etwas anzupassen. Noch vor den Herbstferien soll der Gemeinderat eine erste Lesung vornehmen und das Regelwerk danach der Bevölkerung zur Vernehmlassung unterbreiten. Anfangs 2021 kann das neue Reglement frühestmöglich angewendet werden.

Wie sollen die Reglemente angepasst werden?

Für mich ist völlig klar, dass wir den Freibetrag erhöhen werden. Sodass Fotovoltaikanlagen oder ähnlich nachhaltige Investitionen nicht mehr belas-

tet werden. Ich finde das ein bisschen Hohn ist, wenn man etwas Gutes tut und gebeten wird.

Ihre Nachbarn haben das schon früher gemacht. Wie ist das Thema in der Gemeinde schlafen?

Ja, vielleicht hat es schon länger gedauert. De facto ist es ein bisschen Reglementierung der Werkzeuge. Wir bringen alles in der Energiepolitik auf den Stand.

Inwiefern?

Zum einen sollen die Bewilligungen für andere Projekte sein, die zum Teil mitfinanziert werden. Das ist ein bisschen unterwegs. Es geht um die Bevölkerung.

Hat Uznach finanzielle Mittel dafür?

Das wird der Gemeinderat entscheiden. Es ist noch zu früh für Details zu diskutieren.

Es gibt bereits eine Anzeigensache. Wie wird aber nicht gerügt?

Wenn Bürger eine Anzeige vornehmen, werden wir natürlich energetisch beraten. Die Anzeige wird bezahlt. Die Gemeinde greift dieser Fall nicht an.

Uznach trägt die Kosten für die Energieberatung?

Was bringt das? Andere Gemeinden haben das schon gemacht. Vielleicht wird es nicht mehr

